
Vorstoss-Nr: 178-2011
Vorstossart: **Motion**

Eingereicht am: 06.06.2011

Eingereicht von: glp/CVP (Schöni-Affolter, Bremgarten) (Sprecher/ -in)
glp/CVP (Brönnimann, Mittelhäusern)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit:

Datum Beantwortung: 02.11.2011
RRB-Nr: 1820/2011
Direktion: BVE

Industrieller Verbund von erneuerbaren Energiequellen

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich im Rahmen der Eignerstrategie der BKW FMB Energie AG mittels Kantonsvertretung im Verwaltungsrat der BKW dafür einzusetzen, dass neben Energieeffizienz und lokalen Erneuerbaren auch industrielle erneuerbare Grosskraftwerke im Verbund mit Schweizer Pumpwerken eingesetzt werden können. Damit soll eine wichtige Etappe hin zu einer schrittweisen, vollumfänglich erneuerbaren Energieerzeugung des Kantons Bern erreicht werden.

Begründung:

Solarthermische Anlagen ermöglichen eine Produktion von Bandenergie, da die Wärme gespeichert und auch über Nacht zur Stromproduktion verwendet werden kann. Die EU hat bereits beschlossen, das Supergrid aus hocheffizienten bodenverlegten Gleichstromleitungen zu bauen und wartet mit offenen Armen auf die Schweiz als Lieferant von Reserveenergie aus den Stauseen. Der EU-Energieminister war schon dreimal in der Schweiz mit der Aufforderung an die Öffentlichkeit getreten, dass wir die Speicher wegen den erneuerbaren Konzepten massiv ausbauen sollen. Die südlichen Länder Europas warten auf Investoren, die ihre Volkswirtschaften nachhaltig stützen. Die Zeit könnte nicht günstiger sein, um uns aussenpolitisch und insbesondere gegenüber der EU stark zu positionieren. Der Kanton Bern kann so seine Position national und international stärken. Anstatt sich ausschliesslich in einem innerschweizerischen Kleinkrieg um Natur- und Energieressourcen zu zerfleischen, soll auch auf eine aktive Aussenpolitik und eine gute Vernetzung mit dem EU-Supergrid gesetzt werden.

Während diese solarthermischen Kraftwerke vorerst im Süden Europas zu bauen sind, können die Umwälzungen in Nordafrika dazu führen, dass das Grossprojekt ‚Desertec‘ rascher realisiert werden kann. Damit ist nachweislich der ganze Strombedarf aus Europas thermischen Grosskraftwerken (AKW, Gas- und Kohlekraftwerke) mit erneuerbarer Energieerzeugung ersetzbar.



Antwort des Regierungsrates

Die Motion 178/11 betrifft die Eignerstrategie der BKW, wofür der Regierungsrat abschliessend zuständig ist. Somit handelt es sich um eine Richtlinienmotion. Der Regierungsrat hat bei einer Richtlinienmotion einen relativ grossen Handlungsspielraum und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat. Die Festlegung der Unternehmensstrategie obliegt dem Verwaltungsrat der BKW. In diesem zehnköpfigen Gremium nimmt der Kanton Bern mit zwei Vertretungen Einsitz. Deren Aufgabe ist es unter anderem, die Anliegen des Kantons im Sinne der Eignerstrategie in den Verwaltungsrat der Unternehmung einzubringen.

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich die Forderung der Motion. Sie entspricht der Energiestrategie des Kantons Bern, die hauptgewichtig auf die Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien hinzielt.

Bereits heute ist der Ausbau der erneuerbaren Energien Bestandteil der Unternehmensstrategie der BKW. Nach den Ereignissen in Fukushima hat die Unternehmung mitgeteilt, dass sie den Bereich erneuerbare Energien noch stärker ausbauen will. Der Handlungsspielraum der BKW wird sich allerdings nach 2012 auf die Verteilnetze und die eigenen Produktionskapazitäten beschränken. Gemäss den Regelungen des eidgenössischen Stromversorgungsgesetzes werden Eigentum und Betrieb des Schweizer Übertragungsnetzes per Ende 2012 vollständig an die Swissgrid übertragen. Als unabhängige Übertragungsnetzbetreiberin wird die Swissgrid künftig für die gesamtschweizerische Netzausbauplanung, den Betrieb und die Finanzierung des Schweizer Hochspannungsnetzes und damit auch für dessen Anbindung an das europäische Stromnetz verantwortlich sein.

Mit den genannten Einschränkungen (Richtlinienmotion und künftige Zuständigkeiten) befürwortet der Regierungsrat die Annahme der Motion.

Antrag: Annahme

An den Grossen Rat